

## EU-Beschwerde gegen Kammerzwang vorgestellt

„TechniSat Digital erhielt 2009 einen Beitragsbescheid über 34.485 € von der IHK Trier. Die TechniSat Gruppe bezahlte insgesamt etwa 60.000 € Kammerbeitrag, die TechniGruppe fast 100.000 €. Wir haben den Kammerbeitrag nicht überwiesen, aber mitgeteilt, daß wir die Summe im Wege einer Bankbürgschaft hinterlegen. Als wir in der ersten Instanz vor dem Verwaltungsgericht das Verfahren verloren hatten, hat uns die IHK die Konten sperren lassen. Zum Glück haben wir für die IHK-Beiträge separate Konten angelegt. Die IHK hat auch nur diese Konten beschlagnahmen lassen. Hätte man die anderen Konten beschlagnahmt, wären wir von einem auf den anderen Tag handlungsunfähig geworden“, verdeutlicht **Irene Roth, Mitglied der Geschäftsführung der TechniSat Digital**, die Ausmaße der Zwangsmitgliedschaft.

IHK

Dieses rigorose Vorgehen machte sichtlich Eindruck bei der zur Vorstellung einer EU-Beschwerde nach Berlin angereisten Presse von **Frankfurter Allgemeine Zeitung** über **Der Tagesspiegel** bis hin zum MeinungsMagazin **der Freitag**. Sechs ausgewählte Mitglieder des Bundesverbands für freie Kammern (bfff) legten diese von **Prof. Dr. Bernhard Kempen, Institut für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht an der Universität zu Köln und Präsident des Deutschen Hochschulverbandes**, ausgearbeitete Beschwerde bei der Europäischen Kommission gegen den deutschen Kammerzwang ein:

„Ich vertrete nicht irgendwelche Dinge, nur weil mir jemand einen Auftrag erteilt, sondern weil ich von etwas überzeugt bin. Wir hoffen, daß die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland einleitet mit dem Ziel, das Kammersystem aufzulösen.“

Neben einer Verletzung der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit macht er auch einen Verstoß gegen das Demokratieprinzip aus. **bfff-Geschäftsführer Kai Boeddinghaus** gibt ein anschauliches



Beispiel, wie die Kammerfürsten am Ende der gerügten unkontrollierten Willensbildung sogar eindeutige gesetzliche Grenzen überschreiten:

„Die Deutsche Industrie- und Handelskammer hat 71 Forderungen zum Bürokratieabbau vorgestellt. Im IHK-Gesetz ist ausdrücklich geregelt, daß sich die Kammern nicht im Arbeits- und Sozialrecht positionieren dürfen. Block 1 bis 18 dieses Forderungskatalogs ist jedoch überschrieben mit 'Arbeits- und Sozialrecht'.“

IHK

Der **bfff-Vorsitzende Frank Lasinski** unterstreicht im Reichstagspräsidentenpalais und heutigen Sitz der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (Zusammenschluß ehemaliger Parlamentarier), daß der Protest auf breiten Schultern ruht:

„Wir planen, parallel zur Beschwerde eine Petition im Europäischen Parlament einzureichen. Außerdem sind wir im engen Kontakt mit der Strabag, die bereits eine Beschwerde gegen den österreichischen Kammerzwang eingereicht hat.“

'mi'-Fazit: Mit dem Gang auf die europäische Ebene startet ein neues Kapitel im Kampf gegen den Kammerzwang. 'markt intern' als bfff-Kooperationspartner veröffentlichte am selben Tag eine eigene Pressemitteilung, in der wir auf die EU-Beschwerde hinwiesen und an unseren eigenen Gang bis vor das Bundesverfassungsgericht erinnern (Fh 3/02).

**FAZIT**  
EU-Beschwerde  
Gute Sache!